

"Was wäre geschehen, wenn die Schweiz 1945 auf die Armee verzichtet hätte?"

Autor(en): **Tanner, Jakob**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **83 (1989)**

Heft 1

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143447>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Was wäre geschehen, wenn die Schweiz 1945 auf die Armee verzichtet hätte?»

In der Titelfrage klingt die Befürchtung an, der Schweiz könnte in den 43 Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges etwas Schlimmes widerfahren sein, wenn sie keine Armee gehabt hätte. Wenn unter diesem engen Blickwinkel gefragt wird, ob das helvetische Territorium in diesem Falle heute nicht schon längst von einer fremden Militärmacht erobert worden wäre, dann fällt es leicht, eine klare Antwort zu geben: Die These, mit der Abschaffung der Schweizer Armee wäre im geostrategischen Kontinuum ein machtpolitisches «Vakuum» von einer Stärke entstanden, dem andere Armeen nicht hätten widerstehen können, sodass die kleine Schweiz dann wieder eine, nämlich die vielzitierte grosse «fremde Armee» im Lande gehabt hätte, entbehrt einer realistischen Grundlage. Im «Gleichgewicht des Schreckens» spiegelt sich ja der antagonistische Herrschaftsanspruch der Supermächte wider, das Waffenarsenal der Schweiz konnte daran nichts Entscheidendes ändern, und Österreich ist mit seinem verteidigungspolitischen Minimalismus nicht schlecht gefahren.

Die Armee als Beruhigungsspielle und als Kristallisationspunkt nationaler Identität

«Das ist aber nicht der springende Punkt», würden natürlich die Kritiker dieser Ansicht bemerken, «denn im nachhinein ist man ja immer eines Besseren belehrt». Sie würden etwa darauf hinweisen, es gehe nicht an, sich post festum in einer besserwisserischen Pose über die Unsicherheit während des Kal-

ten Krieges hinwegzusetzen. Es käme wahrscheinlich das *versicherungstechnische Argumentationsmuster* zur Anwendung, das besagt, das Nicht-Eintreffen des befürchteten Schadenfalles sei eben gerade *kein* Grund gegen den Abschluss einer entsprechenden Police und das regelmässige Bezahlen der Prämie; Versicherungen seien gerade dann von Nutzen, wenn das eintrete, was man eigentlich habe verhindern wollen. Die Welt sei eben unsicher und die Armee sei ein Instrument für «alle Fälle», sie entfalte eine dissuasive Wirkung, schaffe im Normalfall ein Klima von nationaler Zuversicht und schraube in militärischen Krisenlagen den Eintrittspreis hoch. Und wer könne wissen, was uns künftig noch bevorstehe . . .

Dieser Erwiderung wäre zumindest teilweise zuzustimmen: So gut wie sicher hat die Armee einen Beitrag dazu geleistet, dass die schweizerische Bevölkerung in ihrem langanhaltenden «Schlaf der Gerechten» nur wenig gestört wurde; wer zum Beispiel durch die lärmende Präsenz von Kampfflugzeugen geweckt wurde, konnte, nachdem er sich vergewissert hatte, dass es sich bei diesem «Jet-Noise» um den legendären «Sound of Freedom» (so der frühere Fliegerchef Moll) handelte, getrost wieder in den Traum vom Schutz durch Waffen versinken. Ohne die Beruhigungsspielle Armee wären vielleicht kollektive Schlafstörungen auf nationaler Ebene aufgetreten, die schweizerische Bevölkerung hätte nicht mehr die Augen verschliessen können vor den komplexen Zusammenhängen und Problemen in der heutigen Welt.

Damit habe ich den Horizont der Fragestellung bereits ausgeweitet. Sobald aber die Überlegungen weitere Kreise ziehen, beginnt die Frage zu irritieren. Wieso hätte die Schweiz gerade 1945 die Armee abschaffen wollen? Wo sie doch, weil sie in den Kriegsjahren durch einen kurvenreichen Anpassungsprozess desorientiert war, sich fast gezwungenermassen an die Armee als das scheinbar einzige intakte moralische Rückgrat der Nation klammerte? Wo doch diese Milizarmee mit ihrer hunderttausendfachen Aktivdienst Erfahrung geradezu Kristallisationspunkt einer neuen «nationalen Identität» geworden war, welche die *Integration der Arbeiterbewegung* in den bürgerlichen Staat ideell überhöhte und psychisch-emotional abstützte?

Trotz dieser Einwände gibt es zwei gute Gründe, sich doch auf die Frage einzulassen. Zum einen ist ein Denken in Alternativen, wie es durch solche kontrafaktischen Hypothesen und Kontrastmodelle angeregt wird, bisher vernachlässigt worden. Die Gegenwart, die sich immer auch durch ihr blosses Vorhandensein rechtfertigen möchte, wird so einer Beweislast, einem Argumentationsdruck ausgesetzt: Wieso leben wir in einer solchen und nicht in einer anderen Gesellschaft? Haben wir, wenn wir heute Kritik üben, nicht in der Vergangenheit Veränderungschancen verpasst, zu wenig Phantasie gehabt, Optionen wahrzunehmen? Wenn wir fragen «Was wäre passiert, wenn . . .» geht es also nicht um das Sich-Ausmalen von idyllischen Szenarien, es geht vielmehr um eine kritische Begutachtung dessen, was der Fall ist.

Zum andern war die historische Situation im Jahre 1945 noch nicht so eindeutig determiniert, wie es dann seit den fünfziger Jahren den Anschein machte, als Kalter Krieg, Antikommunismus, Wachstumsglauben und Technikfaszination eine langdauernde, stabilitätsverbürgende Verbindung eingingen. Ab den Jahren 1942/43 begann auch in der Schweiz das *Ringens um die Nachkriegs-*

zeit, es kam Bewegung in die politische Landschaft, es gab eine «linke Morgenröte», Wahlen brachten Verluste für die Bürgerlichen, die SPS nahm Einsitz in den Bundesrat, Arbeiterinnen und Arbeiter streikten für ihre Rechte. Es gab Hoffnungen, es gab konkurrierende Entwürfe, auseinanderstrebende Konzepte – auch wenn diese Auseinandersetzungen den von der «Geistigen Landesverteidigung» gesteckten Rahmen selten überschritten. Es gilt deshalb zu fragen, was die veränderungswilligen Kräfte falsch gemacht haben, dass sie so erfolglos waren.

Von der «bewaffneten Neutralität» zur «Natoisierung» der Schweizer Armee

Ich möchte in der Folge einen aus meiner Sicht besonders kritischen Punkt herausgreifen und meine Ausführungen auf die *schweizerische Neutralität* konzentrieren. Diese war 1945 *kompromittiert*, ihr Ansehen befand sich auf einem historischen Tiefstand. Im Verlauf der kommenden Jahre und Jahrzehnte vermochte sie sich, wider Erwarten rasch, zu erholen, eine «Erfolgsgeschichte», die in den einschlägigen Studien dutzendfach nachzulesen ist. Diese Neutralität war allerdings mit der Hypothek ihrer «Bewaffnung» belastet und blieb damit restaurativ, rückwärtsgewandt. Die Existenz der Armee verhinderte – so meine These –, dass diese aussenpolitische Maxime auf eine zukunftssträchtige Weise weiterentwickelt werden konnte.

Der Historiker Herbert Lüthi schrieb 1969: «Heute, da Europa nicht mehr ein Gleichgewicht der Mächte, sondern eine amputierte und bedrohte Halbinsel ist (. . .), scheinen wir uns hinter einer traditionellen Neutralität zu verschanzen, die sich auf eine gar nicht mehr bestehende historische Konfliktsituation bezieht, fast als müsste Europa gespalten bleiben, damit die Schweiz darin neutral bleiben kann.»¹ Tatsächlich bezog die Neutralität aus dem *Kalten Krieg*, der Ende der

vierziger Jahre einsetzte und mit dem Koreakrieg von 1950 einen ersten Kulminationspunkt erreichte, eine *neue Legitimationsgrundlage*: Die schweizerische Aussenpolitik wurde zur Trittbrettkönigin, besser, Schwarzfahlerin des Ost-West-Konfliktes.

Um diese These zu verdeutlichen, möchte ich einen knappen Blick auf die traditionelle Neutralitäts-Konzeption werfen. Diese schliesst die Variante einer «Nicht-Bewaffnung» aus. Der Unterhalt einer schlagkräftigen Armee gehört ebenso zu den selbstauferlegten «Pflichten» des Neutralen wie die Nichtpartizipation an Abkommen über kollektive Sicherheit. Die helvetische Aussenpolitik legte zwar immer grossen Wert auf einen *humanitären Touch*, sie wurde nach 1945 laufend mit neuen Schlagworten wie «Solidarität», «Disponibilität» und «Universalität» angereichert. Und die Schweiz profilierte sich mit lobenswerten «guten Diensten»; als «Go-between» zwischen den Blöcken konnte sie manche Lorbeeren einheimsen. Doch die «bewaffnete Neutralität» hatte den Primat. Das heisst: Die Schweiz verlässt sich primär auf eine dissoziative Sicherheitspolitik durch nationale Gesamtverteidigung, und zwar auf Kosten einer assoziativen Friedenspolitik im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit. Oder, einfacher ausgedrückt: *Die Schweiz bleibt der UNO fern, rüstet dafür auf.*

Das Einsetzen des Kalten Krieges in den ausgehenden vierziger Jahren wurde denn auch dazu benutzt, um die Diskussion um eine Plafonierung der Militärausgaben auf 300 Millionen Franken zu beenden und die Verteidigungskredite massiv aufzustocken. Auf den Wogen der *Korea-Hysterie* wurde 1951 das erste Rüstungsprogramm beschlossen, ein militärischer Sonderkredit in damaliger Rekordhöhe von 1,5 Milliarden Franken. Das sicherheitspolitische Kernproblem wurde als ein militärisches definiert.

Rudolf Kurz, EMD-PR-Mann und prominenter Interpret der offiziellen

Neutralitätsdoktrin, schrieb 1967, das Neutralitätsrecht sei «aus der Tatsache des Krieges entstanden und damit eine Begleiterscheinung des Krieges». Und weiter: «Wo kein Krieg ist, gibt es keine Neutralität, denn im Frieden gibt es keine Kriegführenden, denen gegenüber Neutrale ihre Friedenspflichten zu erfüllen hätten.»² Aus dieser Optik ergibt sich konsequenterweise ein im Atomzeitalter absurder Fatalismus. Kurz schreibt: «Der dauernd Neutrale muss schon im Frieden mit einer klugen, den Grundsätzen von Treu und Glauben unter den Völkern entsprechenden Neutralitätspolitik seine neutrale Haltung im *nächsten Krieg* vorbereiten.»³

Es ist aber auch klar, dass die Schweizer Armee in diesem «nächsten Krieg» im Falle eines Angriffs allein kaum viel machen könnte (was, wie die Geheimab-sprache Guisans mit dem französischen Generalstab zeigte, auch im Zweiten Weltkrieg eingesehen wurde). Also drehen sich die Gedanken der Armeeführung um das Problem einer *allfälligen Militärallianz*. Gegenleistungen wären, wenn es darauf ankäme, nicht gratis zu haben. Kurz schreibt dazu: «Diese sicher richtige Überlegung hat in der Schweiz schon zu dem nicht ganz ungefährlichen Streben geführt, bereits im Frieden eine grösstmögliche ‚Allianzwürdigkeit‘ der Armee zu erreichen. Da die Armee eines potentiellen Alliierten eine Grossmachtarmee sein wird, wurde daraus auf die Notwendigkeit geschlossen, selbst eine den Massstäben von Grossmächten angepasste Armee zu schaffen.»⁴

Dieser Gedanke, der etwa in der bundesrätlichen Botschaft zur Truppenordnung 61 angedeutet wird, ist bis heute aktuell, ja wegleitend: Die Abstimmung der schweizerischen Wehrstruktur auf jene des «Atlantischen Bündnisses» hat inzwischen ein Ausmass erreicht, das es rechtfertigt, von einer «schleichenden Natoisierung» der Schweizer Armee zu sprechen. Im Endeffekt unterminiert dieses militariserte Neutralitätsver-

ständnis aber eine glaubwürdige Neutralitätspolitik.

Dynamisierung der Neutralität durch Abschaffung der Armee

Zugespitzt lässt sich sagen, dass nur die Abschaffung der Armee das Konzept von «Neutralität» in einer zukunftssträchtigen Weise hätte dynamisieren können. Eine solche Aktualisierung hätte sich vom lebensmüden Grundtenor «der nächste Krieg kommt bestimmt» klar distanzieren und eine *perspektivische Öffnung hin zu einer Welt ohne Krieg* aufweisen müssen. So hätte die Schweiz allenfalls als Katalysator wirken können beim Aufbau eines friedlichen Konfliktregelungssystems. Sie hätte bereits in den fünfziger Jahren, statt partout selber Atombomben bauen zu wollen und Nuklearattrappen in Manöver-Kriegsspielen zur fiktiven Explosion zu bringen, Initiativen lancieren müssen zur globalen atomaren Abrüstung und zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa. Sie hätte sich als Pionierland der Rüstungskonversion bewähren können.

Dem Einwand, ein Kleinstaat sei im Konzert der Blöcke und Mächte *Quantité négligeable*, die anderen hätten sich um solche gesinnungsethische Initiativen kaum je gekümmert, lässt sich entgegenhalten, dass gerade jene, die bei der Konservierung des Status quo nicht ins Gewicht fallen, prädestiniert sind, festgefahrene Denkmodelle in Frage zu stellen und das bequeme Ritual gegenseitiger Schuldzuweisung aufzubrechen. «Innovationen» zeichnen sich nämlich durch die Attraktivität einer neuen Idee aus und nicht dadurch, ob der Innovator «gross» oder «klein» ist.

Die Dominanz der Armee im «Gesamtverteidigungs-Dispositiv» hatte auch zur Folge, dass die wirtschaftliche Seite des Neutralitätsproblems stark unterschätzt wurde. Die USA schufen Ende der vierziger Jahre – als Gegenstück zum Marshall-Plan und zur OEEC (Organization for European Economic Coopera-

tion) – das COCOM (Coordinating Committee for Multilateral Export Controls), welches mit repressiven Massnahmen eine wirtschaftlich-technologische Embargopolitik gegen Osteuropa und die Sowjetunion führte. Die Schweiz trat nicht nur – mit einem Neutralitätsvorbehalt zwar – der OEEC bei, welche der US-Politik einer «Eindämmung des Kommunismus» wirtschaftlichen Rückhalt geben sollte; dem massiven amerikanischen Druck nachgebend, rückte sie auch vom sogenannten «*courant normal*», von den eingespielten Wirtschaftsbeziehungen zu diesen Ländern, ab und glich den Aussenhandel faktisch den COCOM-Normen an. Das kam einer Teilnahme an einem *unerklärten Blockadekrieg* gegen das feindliche Lager gleich. Der antikommunistische nationale Konsens in der Schweiz, der in der aufkommenden «Gesamtverteidigung» seinen Niederschlag fand, trübte das Bewusstsein für die friedenspolitische Fragwürdigkeit dieser einseitigen Haltung.

Als bewaffnete ist Neutralität also um ihre zeitgemässe, friedenspolitische Dimension gebracht worden. Sie verfestigte sich zu einem Mythos, sie wurde zur *nationalen Ersatzreligion*, leistete einem prekären sicherheitspolitischen Realitätsverlust Vorschub und stärkte ein nationalegoistisches Selbstbildnis. Ein Verzicht auf die Bewaffnung hätte es der Schweiz verunmöglicht, sich sicherheitspolitisch zu isolieren, sie hätte weit stärker auf einen friedenspolitischen Dialog setzen müssen, im Bewusstsein, dass die Ära, in welcher der Krieg noch als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln gehandhabt werden konnte, zu Ende gegangen ist, im Bewusstsein auch, dass der erreichte Grad an zwischenstaatlicher Verflechtung und supranationaler Kooperation auf allen Ebenen einem engstirnigen nationalstaatlich-militärischen Verteidigungsmodell die Existenzberechtigung genommen hat.

Eine Schweiz ohne Armee und ohne die dazugehörige Igelmentalität würde

sich, was zum Beispiel die politischen Rechte von Frauen und Ausländern anbelangt, in der Nachkriegszeit anders, *reformfreudiger* entwickelt haben. Auch der Spielraum für den Ausbau des Sozialversicherungssystems wäre grösser gewesen, vielleicht gäbe es heute eine Mutterschaftsversicherung und eine Volkspension. Das Verhältnis der Schweiz zur Dritten Welt hätte sich anders entwickelt, das Verteidigungssyndrom eines reichen Landes hätte nicht mehr den Blick verstellt auf Hunger und Armut in der Welt. 1945 ist passé, diese Chance, falls es eine gewesen wäre, ist

verpasst. Auch wenn wir über die Vergangenheit reden und uns Gedanken über die Zukunft machen, müssen wir in der Gegenwart handeln. Die Frage stellt sich dann so: Was könnte – diesmal nicht im Sinne einer Befürchtung, sondern einer Hoffnung – passieren, wenn wir heute auf die Armee verzichten würden.

1 Herbert Lüthi, Die Schweiz als Antithese, Zürich 1969, S. 33.

2 Hans Rudolf Kurz, Bewaffnete Neutralität, Frauenfeld 1967, S. 30.

3 A.a.O., S. 35.

4 A.a.O., S. 140.



VOR 50 JAHREN

«München»

Eine Aktion zur Rettung Hitlers und Mussolinis

Hitler ist am 1. Oktober im Lande von Hus und Masaryk eingezogen und hat Henlein zum Reichsstatthalter ernannt. Der 1. Oktober des Jahres 1938 wird im Buche der Weltgeschichte als einer der schwärzesten ihrer Tage verzeichnet stehen. *Das ist München: Verrat, Feigheit, Lug und Trug, Niederträchtigkeit, Gewalttat, Frevel, alles in unerhörtem Masse . . .*

Machen wir uns klar, was geschehen ist. Nicht die Rettung des Weltfriedens, aber freilich Gewaltiges, Furchtbares ist geschehen, und ungefähr das Gegenteil. Wie war die Lage, als man in München zusammenkam? Es hatte sich eine Weltkoalition gegen Hitler (und Mussolini) zusammengefunden, vor welcher die von 1914–1918 gegen Wilhelm den Zweiten (und Ludendorff) verblasste: England, Frankreich, Russland, die Tschechoslowakei nicht zu vergessen, im Hintergrund die Vereinigten Staaten und schliesslich die ganze Welt . . .

Mit einem Worte: *Es war eine unvergleichliche Gelegenheit, Hitler, und mit ihm Mussolini, zu stürzen, ohne Krieg, und damit den Weltfrieden zu retten.* Aber warum hat man das nicht getan? *Weil man nicht wollte!* Das ist die unglaubliche Wahrheit. Es ist ganz sicher Wahrheit. Nur diese Auffassung erklärt die Ereignisse. Man wollte, wie in der abessinischen Sache Mussolini, so jetzt Hitler (und Mussolini) nicht stürzen, weil man ihn (und Mussolini) immer noch für die Schutzmauer gegen die Revolution hält; weil man fürchtet, dass sein (und Mussolinis) Sturz eine Umwälzung entfesseln könnte, welche das herrschende System beseitigte.

München war in erster Linie eine Aktion nicht zur Rettung des Weltfriedens, sondern zur Rettung Hitlers und Mussolinis. Auch an Anleihen wird es nun nicht fehlen. *Diesem Zweck, nicht dem Frieden, wurde die Tschechoslowakei geopfert.* (Oktoberheft 1938, S. 451–453)